

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 60 Juni 2018

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

aufregende Tage liegen hinter uns. Erst hat sich der amerikanische Präsident beim G7-Gipfel als wenig verlässlicher Partner gezeigt. Kurz später stellt er sich bei dem lange erwarteten Treffen mit dem koreanischen Machthaber Kim Jong Un als Dealmaker dar. Ja, jeder zusätzliche Gesprächsfaden in dem Konflikt ist ein Gewinn im Streben nach Frieden. Aber wie stabil dieser Faden ist, wird nicht nur durch die Sprunghaftigkeit Trumps in Frage gestellt, sondern auch durch die Erfahrung mit Nordkorea, das nicht zum ersten Mal nukleare Abrüstung verspricht. Viel mehr als auf diese Showeinlage von Trump und Kim setze ich auf das Fundament, ohne das dieses Treffen gar nicht zustande gekommen wäre: Das Friedensbestreben des südkoreanischen Präsidenten Moon, der sich beständig und auch abseits der Blitzlichtgewitter für Annäherung und Verständigung einsetzt.

Kräfte für den Frieden braucht es auch in anderen Konfliktherden der Welt. Nachdem sich die USA aus den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft mehr und mehr zurückziehen, kommt

der Handlungsfähigkeit der EU eine besondere Verantwortung zu. Die Reihen in der Gemeinschaft wieder zu schließen und in großer Einigkeit einem Handelskrieg entgegenzuwirken, ist dringend notwendig. Das wird nur gelingen, wenn auch bei anderen Konfliktthemen wie Flüchtlings- oder Außenpolitik zu gemeinsamem Bewusstsein und Handeln zurückgefunden wird. Ob das zeitnah gelingen kann, wo Kanzlerin Merkel als Schlüsselfigur gerade innerparteilich massiv geschwächt wird, ist mehr als fraglich. Dabei wäre Zusammenarbeit über Grenzen hinweg in der Zeit wachsender Nationalismen wichtiger denn je. Innerhalb Europas und außerhalb.

Viele Herausforderungen machen nicht halt vor Staatsgrenzen. Unwetter, Luftverschmutzung und insbesondere auch Krankheiten. Deshalb freut es mich, dass wir nach langer Vorarbeit im Bundestag einen Unterausschuss zur Globalen Gesundheit eingerichtet haben, dem ich vorsitzen darf.

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Mehr Geld für neue Aufgaben

Wir haben die Änderungen des Gesetz zur Parteienfinanzierung mitgetragen. Dadurch wird die Obergrenze für die jährlichen staatlichen Zuschüsse an Parteien ab 2019 von 165 auf 190 Millionen Euro angehoben.

Warum mehr Geld? Parteien haben den im Grundgesetz festgelegten Auftrag, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Sie darin zu stärken, stärkt unsere Demokratie. Darum richten sich die staatlichen Zuschüsse danach, wie stark Parteien in der Gesellschaft verwurzelt sind und unterstützen sie dabei, ihre gesellschaftlich unverzichtbaren Aufgaben zu erfüllen.

Aber die Kommunikation von politischen Ideen und Zielen, der Austausch darüber, die Mitwirkung daran – das alles findet mehr und mehr auf Plattformen statt, die es vor wenigen Jahren noch nicht einmal gab. Die bisherigen analogen Kommunikationsformen müssen weiter gepflegt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, neue Kommunikati-

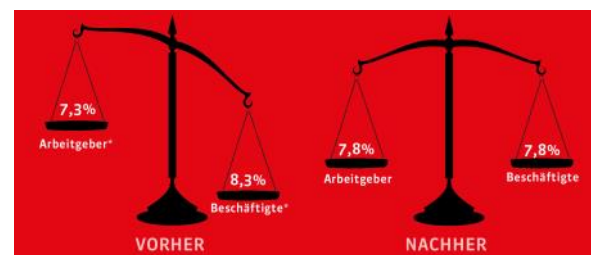
onswege zu erschließen, um möglichst viele Menschen zu erreichen und zu beteiligen. Egal, ob es Mitglieder sind oder nicht, egal, ob sie online kommunizieren oder in persönlichem Austausch. Mit der Digitalisierung sind zusätzliche Herausforderungen zu bewältigen: Hackerangriffe, Umgang mit Fakeaccounts, umfassender Datenschutz sind da nur einige Stichpunkte.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1992 festgestellt, dass eine Erhöhung der staatlichen Mittel zur Parteienfinanzierung dann zulässig ist, wenn sich die Rahmenbedingungen für alle Parteien wesentlich verändern. Das ist nun der Fall und wird durch eine einmalige Erhöhung der Obergrenze berücksichtigt. Wir als SPD werden unseren Beitrag zur Demokratie in unserem Land weiterhin verantwortungsvoll gerecht werden. Ohne dabei auf zwielichtige Finanzierungen wie Goldgeschäfte und russische Zuwendungen zurückzugreifen, wie das etwa die AfD tut.

Endlich gerecht

Eines unserer großen Anliegen für ein gerechteres Gesundheitssystem wird jetzt umgesetzt: Die Parität bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung wird wiederhergestellt. Ab dem 1. Januar 2019 werden auch die Zusatzbeiträge, die die Kassen individuell erheben, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen getragen. Eine Arbeitnehmerin mit einem Bruttomo-

natslohn von 2500 Euro wird z.B. um 12,50 Euro monatlich entlastet. Auch Rentnerinnen und Rentner erhalten diese Entlastung.





Die Eine-für-Alle Klage

Die Diesellaffäre hat gezeigt, wie schwer es für Verbraucher ist, ihre Rechte gegen große Konzerne durchzusetzen. Das ändern wir jetzt, indem wir die „Eine für Alle-Klage“ einführen. Diese sogenannte Musterfeststellungsklage erlaubt es qualifizierten Verbänden, Verbraucherrechte gegenüber Unternehmen vor Gericht durchzusetzen. Im Falle des Dieselskandals kann z.B. die Verbraucherzentrale gegen VW vor Gericht ziehen.

Die Verbände stellen so für die Verbraucherinnen und Verbraucher fest, ob ihre Ansprüche begründet sind oder nicht. Mit einem

rechtskräftig festgestellten Urteil kann danach jeder Verbraucher in einem Folgeprozess seine konkreten Ansprüche einklagen. Bisher müsste das – ggf. auch finanzielle – Risiko eingegangen werden, dass der Anspruch abgelehnt wird. Gleichzeitig bekommen auch Unternehmen mehr Rechtssicherheit, während die Gerichte durch die Bündelung der Verfahren entlastet werden.

Die Eine-für-Alle-Klage soll zum 1. November 2018 in Kraft treten. Dadurch können insbesondere vom Dieselskandal betroffene VW-Kunden noch rechtzeitig Klage einreichen.

Globale Gesundheit

Krankheiten kennen keine Grenzen, Stechmücken kümmern sich nicht um Einreisebeschränkungen. Weil Globalisierung und Migrationsbewegungen uns vor ganz neue Herausforderungen stellen, gewinnt das Thema Gesundheit im globalen Kontext immer mehr an Bedeutung.

Themen wie Antibiotikaresistenzen, Impfkampagnen oder die Bekämpfung von HIV, Malaria und Tuberkulose oder von Epidemien wie Ebola können nur gemeinsam mit unseren internationalen Partnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen angegangen werden. Dies zu tun, ist zuallererst ein Gebot der Mitmenschlichkeit und Humanität. Es liegt aber auch im Interesse unseres Landes und unserer Bevölkerung.

Um diese komplexe Arbeit in Zukunft besser leisten zu können, müssen alle zuständigen

Ressorts einbezogen werden. Darum hat der Deutsche Bundestag einen Unterausschuss Globale Gesundheit eingerichtet. Er wird unter meinem Vorsitz regelmäßig in jeder zweiten Sitzungswoche tagen. Neben Mitgliedern aus den Ausschüssen Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit werden Vertreter der Bereiche Bildung und Forschung sowie Landwirtschaft und Ernährung mitarbeiten.

Im Koalitionsvertrag haben wir mit der Union vereinbart, mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen und insbesondere die globale Gesundheit stärker zu fördern. So wollen wir erreichen, dass Menschen in ihrer Heimat bessere Zukunftsperspektiven haben. Denn wenn sie dort nicht gesund leben können, laufen auch Programme zur Wirtschaftsförderung oder Bildung ins Leere.

Unterwegs im Landkreis

Nicht müde zu kriegen waren die Jusos, die zur Regionalkonferenz in unserem Bürgerbüro in Göppingen getagt haben. Anschließend diskutierten wir noch über die Situation der SPD, über Demokratie und AfD und auch über meine Ideen zu einem Masterplan Pflege – so ein Nachwuchs macht Hoffnung für die Zukunft!



Starker Nachwuchs



Landkreis unterwegs

Mit der Evangelischen Jugend aus Zell unter Aichelberg, die ich in Berlin traf, führte ich angeregte Gespräche. Schön war auch das gemeinsame Singen im Andachtsraum des Deutschen Bundestags .

Kennenlernen und einander verstehen — darum ging es bei beim Iftar-Essen im Uditorium in UHINGEN, das gemeinsam vorbereitet wurde von der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Stuttgart, der Vereinigung Türkischer Vereine im Landkreis Göppingen e.V. und dem DRK Kreisverband Göppingen.



Mehr Verständnis



Ernsthafter Gedankenaustausch zur Zukunft der SPD bei einem Mittagsgespräch mit unserer Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles



Termine - 16. Juni bis 6. Juli 2018

Samstag, 16. Juni

9:15 Uhr

Maientagsempfang
Rathaus Göppingen

10:00 Uhr

Festumzug Maientag mit der Europa-Union

Montag, 18. Juni

11:00 Uhr

Gesprächstermin AOK Stuttgart

13:30 Uhr

Unternehmensbesuch
ALMÜ Präzisions-Werkzeug GmbH
Zell unter Aichelberg

15:30 Uhr

Bürgersprechstunde
Bad Boll

Dienstag, 19. Juni 19:00 Uhr

"Antibiotikaresistenzen und Krankenhausinfektionen"

Informationsveranstaltung

Stadthalle Göppingen

Mittwoch, 20. Juni

11:00 Uhr

Gespräch mit Bürgermeister Eberhard Keller
Ebersbach

14:00 Uhr

Bürgergespräche
Bürgerbüro

18:00 Uhr

Sitzung Kreisbehindertenring
Mehrgenerationenhaus Geislingen

20:15 Uhr

Stiftungsratsitzung der Hohenstaufenstiftung

Donnerstag, 21. bis Freitag, 22. Juni

Delegationsreise "Pflege im Quartier"
Niederlande

Sonntag, 24. Juni 8:00 Uhr

Delegiertenversammlung zum 68. Kreisfeuerwehrtag
Gemeindehalle Wangen

Montag, 25. Juni bis Freitag, 06. Juli

Sitzungswochen in Berlin

Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74



www.heike-baehrens.de
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.facebook.com/baehrensmdb